

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2121

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/5791

Infrastruktur erhalten und ausbauen: Bernauer Bedarfe beachten

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landesplanung die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers:

Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sind ein wesentlicher Beitrag zur Mobilität der Bevölkerung und wirtschaftlichen Stärkung. Im Wissen um divergierende Interessenslagen im Land können dennoch bestimmte überfällige Bedarfe auch im berlinnahen Raum nicht ignoriert werden. So ergeben sich in Bernau zahlreiche Stellen, die eine landespolitische Abhilfe benötigen.

1. Wie ist der Stand der Planungen/Betrachtungen für eine weiträumige Ortsumfahrung für Bernau?
2. Sind hierbei Betrachtungen der Einbeziehung ehemals genutzter, weiterhin vorhandener Straßenkörper erfolgt? Wie ist die Zeitschiene?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Die Betrachtungen zur verkehrlichen Situation in Bernau zeigen hohe Verkehrsbelastungen im Quell- und Ziel- bzw. Binnenverkehr. Überörtliche Durchgangsverkehre haben dagegen nur einen vergleichsweise geringen Anteil, der sich perspektivisch weiter verringern wird. Eine weiträumige Ortsumgehung wird daher kaum überörtliche Verkehre verlagern und somit nicht zur Entlastung der Stadt Bernau beitragen. Zudem wäre diese durch größere Umwege sowie höhere Baukosten, Flächeninanspruchnahme, -versiegelung und -zerschneidung unter Berücksichtigung eines Nutzen-Kosten-Verhältnisses nicht zu rechtfertigen. Eine weiträumige Umfahrung ist damit kaum bauwürdig und wird nicht weiterverfolgt.

Bei der Aufstellung des Landesstraßenbedarfsplans 2010 wurde mit der bahn-parallel Ortsumgehung zwischen der L 30 und der L 314 die verkehrlich wirksamste Maßnahme mit dem höchsten Nutzen-Kosten-Verhältnis zur Beseitigung der Schwachstellen in Bernau identifiziert. Die Maßnahmen des Landesstraßenbedarfsplans werden gegenwärtig unter Einbeziehung der Straßenverkehrsprognose 2030 überprüft. Die abschließenden Ergebnisse stehen noch aus. Weitere Aussagen zu einer Zeitschiene sind derzeit nicht möglich.

3. Welche gefahrenbehebenden Maßnahmen ergreift das Land kurzfristig, um den Zu-

stand der L312 zwischen Birkholz und der L200 in einen dem 21. Jahrhundert würdigen Zustand zu versetzen? Hat sich der zuständige Landesminister bereits ein Bild von der an Mondtestlandschaften erinnernden Qualität der Fahrbahn gemacht?

zu Frage 3:

Die Freie Strecke zwischen Birkholz und dem Knotenpunkt Landesstraße (L) 313/L 200 im Zuge der L 313 befindet sich im Abstufungsnetz. Bezüglich der vorgesehenen Umstufungen befindet sich das Land mit dem Landkreis derzeit im grundsätzlichen Austausch. Bis zur Abstufung werden seitens der zuständigen Straßenmeisterei im Rahmen der betrieblichen Unterhaltung die notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und der Sicherung der Befahrbarkeit an der Straße durchgeführt. Darüberhinausgehende Maßnahmen sind nicht vorgesehen.

4. Wie ist der Planungsstand für die Errichtung des dringend benötigten Kreisverkehrs an der Kreuzung der L31 (Blumberger Chaussee) mit dem Börnicker Landweg?

zu Frage 4:

Die Maßnahme befindet sich in der Phase der Entwurfsplanung. Im Anschluss werden die Genehmigungsunterlagen aufgestellt, im Anschluss erfolgt das Baurechtsverfahren.

5. Wie ist der Arbeitsstand bezüglich der beabsichtigten Errichtung eines Radweges entlang der L31 von Bernau-Lindow nach Blumberg?

zu Frage 5:

Die Stadt Bernau wird federführend die Planung für die Maßnahme übernehmen. Diesbezüglich wird zwischen der Stadt Bernau und dem LS eine Planungsvereinbarung geschlossen. Die Unterzeichnung der Vereinbarung ist in den kommenden Wochen vorgesehen. Im Anschluss daran wird die Planung fortgeführt. Auch für diese Maßnahme wird ein Baurechtsverfahren erforderlich.

6. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen (Drucksache 7/1982) hat der Landtag am 24.09.2020 u.a. beschlossen, die Landesregierung aufzufordern, zu prüfen, wie die Realisierung eines 10-Minuten-Taktes auf den Außenästen der S-Bahn möglich ist. Dies betrifft auch die S2 nach Bernau. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher - fast 2 Jahre nach Beschlussfassung - konkret ergriffen, um diesen seitens der Koalition als bahnbrechend bejubelten Vorstoß umzusetzen? Wann ist mit konkreten Maßnahmen zu rechnen?

zu Frage 6:

Aktuelle Fahrplanuntersuchungen der Deutschen Bahn bestätigen, dass ein 10-Minuten Takt von Berlin Buch bis Bernau mit der gegenwärtigen Infrastruktur nicht fahrbar ist. Die Landesregierung hat daher bei den weiteren Abstimmungen darauf gedrängt, die Planungen für den nötigen Ausbau innerhalb des Projekts i2030 voranzutreiben. Als Folge konnte dieser für das Land Brandenburg sehr wichtige Abschnitt erfolgreich im Rahmen des S-Bahn-Maßnahmenpakets im Februar dieses Jahres in der 2. Tranche zur Sammelvereinbarung platziert werden. Damit haben die Länder Brandenburg und Berlin gemeinsam mit der Deutschen Bahn zügig Voraussetzungen geschaffen, die Untersuchungen für den nördlichen Ast der S2 vertieft - durch Überführung in die Leistungsphase. 2 - fortzusetzen. Innerhalb der Vorplanung wird die Vorzugsvariante für den Infrastrukturausbau definiert, um eine stabile Betriebsführung mit Taktverdichtung der S-Bahn bis Bernau zu schaffen. Darüber hinaus

sollen die Verkehrsstationen Röntgental und Bernau-Friedenstal erweitert und die Ausbauparameter zur Erweiterung der Energieversorgung definiert werden. Für den 10-Minuten-Takt werden zusätzlich mehr S-Bahn-Fahrzeuge benötigt. Dazu läuft aktuell das Vergabeverfahren S-Bahn-Teilnetze Stadtbahn und Nord-Süd. Aufgrund der frühen Planungsphase können keine validen Aussagen zu Baubeginn oder Inbetriebnahme der Ausbaumaßnahme zum jetzigen Zeitpunkt getätigt werden. Die i2030 Partner informieren jedoch regelmäßig online über die Fortschritte in den einzelnen i2030 Korridoren. Darüber hinaus wird der Landtag halbjährlich mit einem Fortschrittsbericht zu i2030 informiert.